



Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter e. V. - Mitglied der internationalen ACAT (FIACAT)
Kreuzstr. 4 ● D-31134 Hildesheim ● Tel.: 05121 / 174913 ● www.acat-deutschland.de
Spendenkonto: Sparkasse Westmünsterland IBAN: DE6640154530000008664 BIC: WELADE3WXXX

Hamburg, 01.03.2025

Briefaktion 05/25 – **ECUADOR: Néstor Caicedo und weitere Zivilisten**

Drohungen, Verschwindenlassen



Ecuador: 15,4 Mio. Einwohner auf 256370.785 km² Fläche, BSP/Einw. 5190 \$ (2012), Bevölkerung: 45% europäisch-indigener Abstammung, 35% Indigene, 10% europäischer Abstammung, 10% Afro-Ecuadorianer, Religion: 85% Katholiken, Protestanten, indigene Religionen. Die Republik Ecuador hat den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* und das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe* ratifiziert.



In der ecuadorianischen Provinz Esmeraldas ist der Umwelt- und Menschenrechtsverteidiger **Néstor Caicedo** in großer Gefahr. Am 15. Januar 2025 erhielt er Drohnachrichten auf sein Handy von unbekannt Nummern. Die Drohungen stehen im Zusammenhang mit seinem friedlichen Einsatz für seine ethnische Minderheit im Norden und gegen die Beschlagnahmung von deren Land zum Bau von Palmöl-Plantagen und gegen die Abholzung von Wald. Er war Vorsteher der Gemeinde Barranquilla und Repräsentant der autonomen Regierung von San Javier de Cachaví, Provinz Esmeraldas.

In den vergangenen Jahren war Néstor Caicedo laut Front Line Defenders mit anderen Gemeindeführern Drohungen ausgesetzt. Zeitweilig wurde er daraufhin von der Polizei zum Schutz eskortiert. Auf die jüngsten Drohungen wurde jedoch nicht mit institutionellen Schutzmaßnahmen reagiert.

In Ecuador ist auch das gewaltsame Verschwindenlassen sehr verbreitet. Amnesty International (AI) berichtet über den ungeklärten Verbleib von 23 Männern nach Militäroperationen in der Küstenregion im Jahr 2024. Die Vermissten stammen aus den Provinzen Los Rios, Guayas und Esmeraldas. AI stützt sich auf Recherchen der Nichtregierungsorganisation CHA Guayaquil (Comité Permanente por la Defensa de los Derechos Humanos). Die Militäroperationen waren vom Präsidenten des Landes als „Plan Fénix“ aufgrund zunehmender Gewalt angeordnet worden. Auch hat dieser den Ausnahmezustand verhängt.

Bei den Verschwundenen handelt es sich nach Angaben der NGO CDH Guayaquil um **Bruno Rodríguez, Fardi Muñoz, Cirilo Minota, Oswaldo Morales, Neivi Quiñonez, Ariel Cheme, Jordy Morales, Dave Robin Loo Roca, Juan Santillan, Jairo Tapia, Dalton Ruiz, Cristian Sandoya, Oscar Adrihan, Jonathan Adrihan, Jeampier Castañeda, Justin Valverde, Justin Alvarez, Fabricio Alvarado, Jason Franco, Miguel Morán, Kleiner Pisco, Carlos Pisco** und **Jonathan Villon Velazco**.

Verwandte und Zeugen haben Angehörige der Armee als mutmaßliche Täter angezeigt.

CDH Guayaquil kritisierte, dass die Staatsanwaltschaft die Vorwürfe des Verschwindenlassens nicht geprüft hat, obwohl die ecuadorianischen Behörden nach dem Internationalen Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen dazu verpflichtet sind.

CDH Guayaquil stellt ein Muster des Verschwindenlassens bei militärischen Operationen fest und bemerkte, dass die Staatsanwaltschaft entgegen internationalen Verpflichtungen diese Vorfälle als mögliches Verschwindenlassen nicht angemessen untersucht hat. Auch bemängelte die Organisation, dass keine Suchaktionen unter staatlicher Leitung nach den Vermissten durchgeführt wurden.



Bitte unterschreiben Sie den Appell an die Generalstaatsanwältin der Republik Ecuador und senden Sie eine Kopie an den Botschafter in Berlin. Der unterschriftsfertige Brief kann wörtlich oder inhaltlich genutzt werden – bitte bleiben Sie höflich. Die Adressen sind der Vorlage zu entnehmen (**Porto nach Ecuador, Luftpost, 1,25 EUR; nach Berlin 0,95 EUR**). *Bearbeitung innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 31.03.2025.* [Fax-Nr. der Botschaft: 030/800969699, S.E. Herrn Diego Fernando Morejon Pazmiño; E-Mail: info@ecuadorembassy.de]



Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter e. V. - Mitglied der internationalen ACAT (FIACAT)
Kreuzstr. 4 ● D-31134 Hildesheim ● Tel.: 05121 / 174913 ● www.acat-deutschland.de
Spendenkonto: Sparkasse Westmünsterland IBAN: DE6640154530000008664 BIC: WELADE3WXXX

Hamburg, 01.03.2025

Briefaktion 06/25 – **RUSSLAND / UNGARN / UKRAINE:**

Arsenij Turbin, Mariano García Calatayud

Inhaftierung, drohende Folter



Russische Föderation: 143 Mio. Einw. auf 17.075.400 km² Fläche, BSP/Einw. 3.400 \$ (2004), 79% Russen, Religion: 75 Mio. Russisch-Orthodoxe, ca. 50 Mio. konfessionslos, 19-22 Mio. Muslime, 800.000 Katholiken, 230.000 Juden, Minderheiten von Buddhisten und Protestanten. Russland hat den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und das Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe ratifiziert.



Viele ACAT-Mitglieder informierten uns über ein **Antwortschreiben der Botschaft Ungarns** auf unsere Bitte, sich für den minderjährigen russischen Gefangenen und Kriegsgegner **Arsenij Turbin** einzusetzen.

Wir reagieren mit dieser Aktion auf die Rückmeldung und tragen auch einen weiteren Fall vor: das Verschwindenlassen des spanischen Staatsbürger Mariano García Calatayud, für den wir uns bereits in früheren Briefaktionen eingesetzt haben.

Der Brief kann auch unterzeichnet werden, wenn Sie sich noch nicht an der ACAT-Aktion von Januar 2025 beteiligt hatten. Der im Brief ausgesprochene Dank greift allgemein die Antwort auf unsere Aktion auf und bezieht sich nicht nur auf die Beantwortung eines persönlichen Appells. Der Dank kann aber gern von Ihnen persönlich umformuliert werden.

Ansonsten ist zu empfehlen, zunächst die Aktion von Januar zu versenden und im Falle einer Antwort mit dem aktuellen Appell zu reagieren.

Die Botschaft erklärt, Ungarn verurteile nachdrücklich die völkerrechtswidrige Aggression Russlands gegen die Ukraine. Ungarn setze sich konsequent für eine friedliche Lösung ein. Das Land vertrete aber auch die Auffassung, dass es sich nicht in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes einmische, und erwarte, dass andere Staaten dieses Grundprinzip ebenso respektierten. Ungarn betrachte die Einhaltung internationaler humanitärer und menschenrechtlicher Normen für essenziell, sei an einer raschen Lösung im Falle des jugendlichen im Rahmen der entsprechenden diplomatischen und rechtlichen Mechanismen interessiert.

Die deutliche Betonung der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten lässt allerdings annehmen, dass Ungarn nicht beabsichtigt, sich für Arsenij Turbin einzusetzen.

Im Brief weisen wir Ungarn darauf hin, dass ansonsten jeder EU-Mitgliedsstaat ausdrücklich anerkennt, dass das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten (Art. 2.7 der UN-Charta) nicht für Menschenrechtsangelegenheiten gilt, da einer der Zwecke der UN die „Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder Religion“ (Art. 1.3; auch Art. 55c der UN-Charta) ist. Der Internationale Gerichtshof hat erstmals 1970 anerkannt, dass die Achtung der Menschenrechte eine Verpflichtung für jeden Staat gegenüber der internationalen Gemeinschaft als Ganzes ist (die so genannte „erga omnes“ Verpflichtung). Menschenrechte sind daher ein integraler Bestandteil der internationalen Beziehungen, sei es auf bilateraler Ebene (von Staat zu Staat) oder auf multilateraler Ebene (UN-Menschenrechtsrat und UN-Generalversammlung - Drittes Komitee, Europarat, OSZE – „human dimension“, etc.).

Wir weisen auch auf das Schicksal des durch russisches Militär in der Ukraine inhaftierten Spaniers **Mariano García Calatayud** hin. Der humanitäre Helfer fiel am 19. März 2022 in Cherson dem Verschwindenlassen durch russische Truppen zum Opfer. Zuvor hatte er an einem friedlichen Protest gegen die Besetzung teilgenommen. Mariano García Calatayud hat in der Haft Folter erlitten.



Bitte unterschreiben Sie den Appell an den **Ministerpräsidenten von Ungarn** und senden Sie eine Kopie an den Botschafter in Berlin. Der unterschriftsfertige Brief kann wörtlich oder inhaltlich genutzt werden – bitte bleiben Sie höflich. Die Adressen sind der Vorlage zu entnehmen (**Porto, Luftpost, nach Ungarn 1,25 EURO; nach Berlin 0,95 EUR**). *Bearbeitung innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 31.03.2025.* [Fax-Nr. der ungarischen Botschaft: 030/20310105, S.E. Herr Péter Imre Györkös; E-Mail: infober@mfa.gov.hu]